

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2
3 **Wissenschaftsplanung zukunftsorientiert gestalten -**
4 **Studienneigungen und gesellschaftliche Bedarfe berücksichtigen**

5
6 Mit dem Wissenschaftsplan 2020 gibt es erneut die Möglichkeit, eine
7 positive Vision für die öffentlichen Hochschulen im Land Bremen und die
8 gesellschaftliche Relevanz, die sie haben sollen, zu entwerfen und eine
9 deutlich bessere Grundfinanzierung zu erreichen.

10
11 Ausgehend hiervon ist am aktuellen Entwurf des Wissenschaftsplans
12 positiv zu bewerten, dass anerkannt wird, dass die Hochschulen im Land
13 Bremen unterfinanziert sind und die Grundfinanzierung erhöht werden
14 müsste. Ebenso ist zu begrüßen, dass das Land Bremen auf eine Aufhe-
15 bung des Kooperationsverbots hinwirken will, damit der Bund direkt und
16 langfristig in die Finanzierung der Hochschulen einsteigen kann.

17
18 Andere Aspekte des vorgelegten Wissenschaftsplans sind dagegen sehr
19 kritisch zu bewerten. Beispielsweise findet eine starke Fokussierung auf
20 Drittmittel und Bedarfe der regionalen Wirtschaft statt. Diese sollten für
21 eine öffentliche Hochschule nicht entscheidend sein, da hierdurch die
22 Wissenschaft vorrangig am Prinzip der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet
23 werden soll. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik sollte nicht das
24 Ziel haben, möglichst ökonomische Wissenschaft zu betreiben, sondern
25 stattdessen gute und gesellschaftlich relevante Wissenschaft fördern.

26
27 Kernkritikpunkt muss allerdings der Schwerpunkt auf der Profilbildung
28 der Hochschulen sein. Es soll nicht mehr darum gehen, ein möglichst
29 großes Studienangebot vorzuhalten und somit das Grundrecht auf freie
30 Berufswahl zu verwirklichen, sondern darum, in einigen Fächern, die in
31 ein konstruiertes Profil der Hochschulen passen, möglichst wettbe-
32 werbsfähig zu werden. Die Studienneigung vor allem junger Menschen
33 wird also nicht berücksichtigt.

34 Ebenso wird in vielen Fällen nicht berücksichtigt, dass Fächer, die angeb-
35 lich nicht in das Profil der Hochschulen passen und deswegen mit einem
36 Prüfauftrag belegt werden sollen, von hoher gesellschaftlicher Relevanz
37 sind und deswegen unverzichtbar für Bremen und die Region, z.B. die
38 Psychologie an der Universität sowie Angebote der Hochschule Bremen,
39 die Menschen teilweise bundesweit einmalig den Zugang zu geistes-
40 und sozialwissenschaftlichen Studiengängen über den zweiten Bil-
41 dungsweg ermöglichen.

42 Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass sogenannte "Doppelan-
43 gebote" vermeintlich ähnlicher Studiengänge, die an verschiedenen
44 Hochschulen im Land Bremen angeboten werden, selbstverständlich
45 verschiedene Schwerpunkte haben, wodurch sie wiederum für Men-
46 schen mit unterschiedlicher Interessenlage attraktiv sind.

47
48 Schwer erträglich ist es, dass Studiengänge an den öffentlichen Hoch-
49 schulen im Lande Bremen zur Streichung empfohlen werden, während
50 die private, quasi-insolvente Jacobs-University weiterhin mit öffentli-
51 chen Geldern subventioniert wird und sogar offen in die Wissenschafts-
52 planung des Landes miteinbezogen wird. Eine faktische Verlagerung von

53 Studienplatzkapazitäten von öffentlichen Hochschulen an eine private
54 Bezahl-Universität ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
55 nicht hinnehmbar.

56

57 Deshalb fordern wir die SPD-Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion in
58 der Bürgerschaft dazu auf,

59

60 • ... die Wissenschaftsplanung stärker an den Studienneigungen der
61 jungen Menschen und am Prinzip erkenntnisreicher und gesell-
62 schaftlich relevanter Wissenschaft und nicht am Prinzip der Wirt-
63 schaftlichkeit auszurichten. Dies bedeutet u.a.:

64 ○ Die universitäre Ausbildung im Bereich Psychologie ist mit
65 Blick auf ihre äußerst starke Anwahl und ihre gesellschaft-
66 liche Relevanz für Bremen und die Region zu erhalten. Eine
67 solide Zukunftsperspektive für das Fach ist zu erarbeiten.

68 ○ Die Studienplatzkapazitäten in den auf dem zweiten Bil-
69 dungsweg studierbaren Fachrichtungen sind jeweils min-
70 destens auf dem gleichen Niveau zu erhalten.

71 • ...eine Erhöhung der Grundfinanzierung der öffentlichen Hoch-
72 schulen in Bremen und Bremerhaven durch das Land Bremen zu
73 beschließen, insbesondere durch entsprechende Verwendung der
74 durch die vollständige Übernahme der BAföG-Finanzierung durch
75 den Bund freiwerdenden Mittel.

76 • ... sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Grundge-
77 setz einzusetzen.